

**Gegenstand: Haushaltssatzungen 2009 mit den Haushaltsplänen der Stadt, der Bürgerhospitalstiftung, der Waisenhausstiftung und der Kolbstiftung
- Haushaltsreden der Fraktionen**

Der Vorsitzende verweist in der Einleitung auf die Besonderheiten des ersten doppischen Haushaltes der Stadt Speyer hin. Auf Empfehlung des Hauptausschusses erfolgt gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsplan eine Erhöhung der Sportfördermittel um 20.000 €

Haushaltsrede CDU - Dr. Jung

Als ein Hauptkriterium für die finanzielle Schräglage des städtischen Haushaltes sieht die CDU-Fraktion die offensichtliche Schlechterstellung der rheinland-pfälzischen Kommunen z.B. gegenüber den Städten in Baden-Württemberg.

Mit Blick auf die weltweiten Krisen hat die Kommunalpolitik aus der Sicht der CDU 3 wesentliche Aufgaben zu leisten:

- Ein gutes Investitionsklima in der Stadt schaffen und selbst als Stadt investieren.
- Familien unterstützen
- den Wirtschaftsstandort Speyer weiter stärken.

Dazu gehört auch ein attraktiver ÖPNV. Die CDU regt einen neuen Vorstoß des OB beim Land bezüglich einer Förderung für die Errichtung des S-Bahn-Haltes Süd an.

Die CDU sieht im Synagogenneubau, der Neugestaltung des St.-Guido-Stifts-Platzes, der Erneuerung des Berliner Platzes, der absehbaren Bebauung des Erlus-Geländes und dem weiteren Ausbau der Schulen wesentliche Investitionsmaßnahmen der Stadt.

Für den Bereich Kinder- und Jugendarbeit stellt die CDU-Fraktion folgenden

> Antrag: Prüfung der Unterstützung der Arbeit von KEKS e.V. durch die Stadt und anschließender Vortrag im Jugendhilfeausschuss.

Die CDU-Fraktion wird dem Haushaltsentwurf zustimmen.

Haushaltsrede SPD – Dr. Wintterle

Er wünscht sich, dass im kommenden Stadtrat wieder eine richtige Haushaltsdebatte geführt wird und nicht nur die Positionen der Fraktionsvorsitzenden vorgetragen werden.

Aus Sicht der SPD sind die Zeiten übergroßer Schulkonglomerate vorbei. Speyer könnte weiter sein, wenn bereits ein Schulentwicklungsplan erstellt worden wäre. Dieser SPD-Vorschlag wurde vor etwas mehr als einem Jahr vom Dezernenten als wenig zielführend abgelehnt und erst später von der CDU erneut beantragt und dann einstimmig verabschiedet. Er stellt fest, dass gute Entscheidungen bereits wiederholt einstimmig im Rat beschlossen wurden.

Im Bezug auf die Überplanung des Erlus-Geländes hat die Stadt keinerlei eigene Initiative entwickelt und Pläne erarbeitet, obwohl das Areal seit Jahren brach liegt. Nun wurde das Gelände an einen privaten Investor verkauft, der seinen Gewinn maximieren will. Die Stadt

hat dem stadtplanerisch nichts dagegenzustellen, da die Stelle des Stadtbaudirektors seit Jahren nicht besetzt wird. Eine Stadtentwicklung findet seitens der Stadtspitze nicht statt.

Die SPD fordert eine differenziertere Politik gegenüber Großflächenbetrieben auf der grünen Wiese, Straßenkaffees oder Handyläden, an die teilweise sogar von der Stadt vermietet wird.

Einen Ausverkauf des städtischen Tafelsilbers in Gestalt der städtischen Unternehmen wird es mit der SPD nicht geben. Wenn heute der MVV-Lösung bei der Fernwärme beschlossen wird, ist das vermutlich in 2-3 Jahren der Einstieg in einen Teilverkauf der Stadtwerke an die Energieriesen. Dies wird auch zu einem Stellenabbau bei den Stadtwerken gegenüber einer Eigenlösung führen.

Er fordert nach mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung in wichtigen Entscheidungen. Eine Politik der kleinen Machtzirkeln ist mit der SPD ebenfalls nicht zu machen.

Der Erhöhung der Sportförderung in Haushalt stimmt er ausdrücklich zu. Hilfreich wäre auch die Einrichtung eines Leiters Sport, der mit Landesmitteln gefördert werden könnte. Dazu wird die SPD noch einen entsprechenden Antrag einreichen.

Die SPD-Fraktion kann in diesem Haushaltsentwurf keine Schwerpunkte der Politik entdecken. Zusätzlich ist nicht erkennbar, welche Informationen dieser Haushalt enthält, z.B. in Schulaufgaben. Man soll eigentlich einer „black box“ zustimmen. Deshalb wird der Entwurf mit Ausnahme der Teilbereiche Personal, Soziales und Sportförderung abgelehnt.

Haushaltsrede SWG – Preuß:

Herr Preuß erklärt eingangs, er werde tatsächlich eine Haushaltsrede halten und, im Gegensatz zu seinem Vorredner, keine persönliche Erklärung über die MVV abgeben – und dies als Aufsichtsratsmitglied der SWS. Herr Preuß spricht von einem Skandal.

Er verweist auf die äußerst erfolgreiche Wirtschaftspolitik in den vergangenen Jahren, auch wenn die Ansiedlung von Logistik-Unternehmen Auswirkungen auf die Verkehrsentwicklung haben wird. Daher unterstützt die SWG-Fraktion jede Maßnahme zur Verkehrsentlastung von B 9 und B 39.

Die Präsentation des historischen Stadtmodells im Innenhof des Historischen Museums ist ein neues touristisches Highlight, das auf Initiative der SWG geschaffen werden konnte.

Er lobt ausdrücklich die gute Arbeit des Jugend- und Sozialamtes sowie der Stadtwerke und der Entsorgungsbetriebe.

Im Gegensatz zu den anderen Parteien hat die SWG bereits Richtwerte für die Bebauung des Ziegeleigeldes zum Erhalt der schützenswerten Silhouette der Stadt vorgeschlagen.

Die SWG fordert vom Land die Einsicht für eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 70 km/h bei Dauerüberwachung auf der B 9 und eine Bemaunung dieser Bundesstraße, um die Verkehrsimmissionen für die Anwohner zu verringern.

Die SWG stimmt dem Haushalt im Übrigen zu.

Haushaltsrede Bündnis 90/Die Grünen – Pitsch:

Frau Pitsch erklärt, sie werde sich an die vom Ältestenrat vereinbarte Zeitbegrenzung halten, anders als einige ihrer Vorredner.

Aus dem doppelten Haushaltsplan sind einzelne Haushaltspositionen nicht mehr wie früher ablesbar, weil alles in Produktbereichen zusammengefasst wird. Will ein Ratsmitglied zukünftig Genaueres wissen, müssen wohl Anträge im Stadtrat gestellt werden.

Auch der Schuldenstand der Stadt ist aus dem neuen Haushalt nicht mehr erkennbar, soll sich aber nach Aussage der Verwaltung im HA auf rund 50 Mio. € belaufen.

Wenn die Metropolregion einen Beitrag verlangt, dann sind OB und CDU schnell dabei und stimmen einem Anschluss an die Fernwärme des Konsortiums von EnBW, RWE und MVV zu. Dabei wird vermutlich auch wieder auf die Stimmen nicht-demokratischer Parteien zurückgegriffen.

Die CDU hat inzwischen den Klimaschutz für sich entdeckt. Klimaschutz erfolgt aber in der Energieversorgung durch kleine, dezentrale Einheiten, nicht in fossil befeuerten Großanlagen, wie die in Mannheim.

> Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert die Erstellung eines Armutsberichtes für die Stadt Speyer.

Neue Bebauungspläne, die von der Verwaltung erstellt werden, sollten im Zuge der Nachhaltigkeit eindeutige Vorgaben für die Energiebilanz und den Primär-Energiebedarf von Gebäuden enthalten.

Im Hinblick auf das von den Grünen immer wieder eingeforderte Agenda-Büro hat der zuständige Beigeordnete Scheid noch immer nichts unternommen.

Die Grünen setzen sich zum Abbau des Schilderwaldes für eine Umsetzung des so genannten „shared-space“-Konzeptes mit gleichen Nutzungsrechten von Fußgängern, Radfahrern und Autofahrern ein.

Dem Stellenplan stimmt die Fraktion unter dem Vorbehalt zu, dass vakante Stellen wieder besetzt werden. Ansonsten wird der Haushalt wegen mangelnder Transparenz abgelehnt.

Haushaltsrede ödp-FDP-Fraktionsgemeinschaft – Biskop:

Frau Biskop attestiert Speyer, dass die Stadt seit ihrem Zuzug 1989 wie aus einem Dornröschenschlaf erwacht sei.

Die exponierte Lage am Strom birgt aber auch Gefahren. Sie begrüßt ausdrücklich die Maßnahmen, die zum Schutz vor Hochwasser bereits umgesetzt sind bzw. aktuell werden.

Die ödp-FDP-Fraktionsgemeinschaft setzt sich für eine positive Weiterentwicklung der Stadt durch das Projekt Soziale Stadt ein. Der Verkehrsentwicklungsplan muss unter Beteiligung der Anwohner erfolgen.

> Sie fordert, der Straßenzug Himmelsgasse/Johannes-/Armbrusstraße solle aktuell in einer ersten Maßnahme durch eine stringente rechts-vor-links-Regelung verkehrsberuhigt werden.

Die geplante Fällung der Bäume am Guido-Stifts-Platz wird von der ödp strikt abgelehnt, auch wenn dies städtebaulich zu Gunsten einer hochwertigen Planung sein mag.

Bezüglich des Flugplatzausbaues zitiert sie einige Passagen aus Rheinpfalz-Interviews zum Thema Instrumentenanflug in Speyer. Daraus kann jeder die Schlussfolgerungen über die weiteren Planungen der FSL ziehen.

Die ödp wünscht sich eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Fraktionen. Vielleicht wird die Zusammensetzung des neuen Stadtrates nach den Kommunalwahlen im kommenden Jahr zu einer neuen Form der Zusammenarbeit zwingen.

Die ödp-FDP-Fraktionsgemeinschaft stimmt dem Haushalt zu.

Haushaltsrede BGS – Ableiter:

Herr Ableiter leitet seine Rede ein, er könne wie Fidel Castro 2 Stunden sinnvoll über Themen der Stadt sprechen, will sich aber auf die wesentlichen Schwerpunkte beschränken.

Aus seiner Sicht verdienen die Soldaten aus der Kurpfalz-Kaserne, die für uns nach Afghanistan in den Krieg ziehen, besonderen Dank. Die Mitarbeiter im Heizkraftwerk haben es ebenfalls verdient, dass es für die Einstellung des Betriebes dieses Schrotthaufens endlich eine Lösung gibt.

Er bedankt sich ausdrücklich bei den Ratsmitgliedern der Grünen für die hervorragende Zusammenarbeit im Rat.

Weiter geht er auf den Kritikpunkt ein, die BGS seien Negativisten, weil sie vor vielem warnen, was andere gerne verharmlosen. Dazu zitiert er Aspekte des Umweltschutzes in der Stadt, die eine Lüge der CDU sind, weil Waldvernichtung zugunsten des Flughafens betrieben wird. Zitat: "Wäre man im „Herr der Ringe“, müsste man sagen, Herr Schineller ist Sauron und Sie sind seine Orks".

Die Lärmschutzmaßnahmen an der B 9 und A 61 sind völlig unzureichend. Die Lärmschutzwände müssten doppelt so hoch sein, vergleichbar wie in der Schweiz. Innerstädtisch muss wegen hochverdichteter Straßenbereiche auf lärm- und abgaslose Elektrofahrzeuge hingearbeitet werden, z.B. kostenfreies Parken für Elektrofahrzeuge oder Elektrotankstellen z.B. am Festplatz.

Auch die Kommunen müssen auf eine erhebliche Verbesserung im Energiemix, z.B. durch den Bau von Windkraftanlagen hinarbeiten. Die BGS fordert einen Ausbau des ÖPNV. Dazu ist die BGS auch zu einem Wechsel ihrer Politik bereit, wonach Schulden nur für Schulen und Kinder-/Jugendarbeit gemacht werden dürften.

Eine riesige Wirtschaftskrise steht bevor. Deshalb soll die Stadt soviel Geld wie möglich in die Hand nehmen, um Investitionsmaßnahmen auf den Weg zu bringen und z.B. alle städt. Liegenschaften auf Niedrigenergiestandard zu bringen. Es wird Konjunkturanreize für Sanierungsmaßnahmen geben, dafür muss sich die Verwaltung bereits jetzt vorbereiten, um dann entsprechende Programme abrufen zu können.

Haushaltsrede REP – Röbosch:

Herr Röbosch spricht im Zusammenhang mit dem neuen Haushalt von einem "Verwirrwerk".

Er wirft die Frage auf, warum der Stadt das Geld fehlt und hinterfragt, ob der eine oder der andere „Nein“ zu beschlossenen Zusatzausgaben gesagt hat, unabhängig vom Fraktionszwang. Man könne einfach nicht mehr ausgeben als man einnimmt.

Die sozialen Spannungen nehmen mehr und mehr zu. Die Bundesregierung unterstützt die ganze Welt, aber nicht das eigene, steuerzahlende Volk. Die Folgekosten von Hartz IV zwingen die Kommunen mehr und mehr zu Schulden.

Im Teilhaushalt Kultur könnte man vielleicht doch etwas einsparen. Auch im Sozialbereich müsste stärker geprüft werden, wo Missbrauch stattfindet, um die wirklich Bedürftigen zu unterstützen.

Jedenfalls führt nach seiner Auffassung an einer Reduzierung der Ausgaben kein Weg vorbei.

Die Fraktion Die Republikaner rufen zur Erarbeitung eines partei-übergreifenden Sparkonzeptes auf. Weiterhin regt er eine rechtliche Prüfung innerhalb der Verwaltung an, ob man Großaufträge in kleinere Einheiten zerlegen kann, um die Aufträge in der Region vergeben zu können.

An der Parkplatzsituation durch LKW's im Bereich der Abfahrt Speyer-Nord hat sich auch im vergangenen Jahr nichts geändert.

Von den Stadtwerken verlangt er eine unmittelbare Senkung der Gas- und Strompreise als Anpassung an die Weltmarktsituation mit drastisch gesunkenen Erdölpreisen.

Ansonsten wird die Fraktion dem Haushalt zustimmen.

Beschluss:

Der Stadtrat verabschiedet mehrheitlich, bei 14 Gegenstimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der BGS-Fraktion, die Haushaltssatzungen 2009 mit den Haushaltsplänen der Stadt, der Bürgerhospitalstiftung, der Waisenhausstiftung und der Kolbstiftung.

Für den städtischen Haushaltsplan werden auf Empfehlung des Hauptausschusses folgende Änderungen beschlossen:

Die Sportfördermittel werden gegenüber dem vorliegenden Plan um 20.000 € (S. 09.325 bzw. 10.4003) erhöht.

Protokollnotiz:

Die SPD-Fraktion stimmt den Teilbereichen Personal, Soziales und Sportförderung zu. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmt dem Stellenplan unter dem Vorbehalt zu, dass vakante Stellen wieder besetzt werden

30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.12.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

Gegenstand: Mittagessen in den Speyerer Schulen und Kindertagesstätten; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 04.11.2008
Vorlage: 0670/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Kabs begründet den Antrag nochmals mündlich und unterstreicht, dass das Motto über alle Fraktionen hinweg lauten muss: "Kein Kind ohne Mahlzeit".

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie viele Mittagessen in den Speyerer Schulen und Kindertagesstätten ausgegeben werden und wie hoch der finanzielle Aufwand hierfür ist.

Darüber hinaus ist zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen in den Fällen Mittagessen auf Antrag kostenlos ausgegeben werden können, in denen Eltern unter wirtschaftlich schwierigen Bedingungen leben.

30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.12.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

**Gegenstand: Fortschreibung der Bedarfsplanung für Kindertagesstätten und Kindertagespflege; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 04.11.2008
Vorlage: 0671/2008**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Dr. Jung führt in seiner mündlichen Begründung aus, dass der Bedarf in Speyer deutlich größer ist als das, was derzeit angeboten wird. Daher sollte der Rat eine Fortschreibung der Bedarfsplanung beschließen, die dann im Jugendhilfeausschuss beraten werden soll.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Bedarfsplanung für Kindertagesstätten und Kindertagespflege nach folgenden Gesichtspunkten zeitnah fortzuschreiben:

- Ausweitung der Hortplätze für schulpflichtige Kinder
- Ausweitung der Ganztagsplätze in den Kindertagesstätten
- Ausweitung der Tagesbetreuung von Kindern unter drei Jahren
- Ausweitung der Kindertagespflege

Die Planung ist anschließend im Jugendhilfeausschuss zu beraten.

30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.12.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

**Gegenstand: Stimmberechtigung des Stadtsportverbandes im Sportausschuss;
Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 14.11.2008
Vorlage: 0693/2008**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

In seiner Begründung führt Herr Kehl zunächst aus, dass im Antrag der Begriff „Schulträgerausschuss“ durch „Sportstättenbeirat“ ersetzt werden muss.

Die CDU möchte diesen Antrag als Ausdruck für die Anerkennung der Arbeit des Stadtsportverbandes verstanden haben, der mehrere 1000 Mitglieder vertritt.

Herr Hinderberger stellt die Frage, ob es jemals Entscheidungen im Sportausschuss gab, bei denen eine Einzelstimme den Ausschlag gegeben hätte. Dies wird verwaltungsseitig verneint.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Ein Vertreter des Stadtsportverbands erhält im Sportausschuss und im Sportstättenbeirat jeweils einen Sitz als stimmberechtigtes Mitglied.

30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.12.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

Gegenstand: Ablehnung des Wirtschaftsgymnasiums Speyer; Anfrage der ödp-FDP-Fraktionsgemeinschaft vom 17.11.2008
Vorlage: 0698/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Bürgermeister Brohm beantwortet die Anfrage und erläutert, dass die Stadt einen neuen Antrag in 2009 stellen wird. Antragsfrist ist der 21.01.2009. Auch der neue Schulleiter ist sehr interessiert an der Einrichtung eines Wirtschaftsgymnasiums an der Johann-Joachim-Becher-Schule.

Eine juristische Anfechtung der Entscheidung der Landesregierung war nicht möglich, da es sich nicht um einen rechtsmittelfähigen Bescheid handelt.

Gegenstand: Einrichtung einer Ehrenamtsbörse; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 19.11.2008
Vorlage: 0697/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die mündliche Begründung des Antrages erfolgt durch Herrn Wagner. Auch in Speyer wird ein sehr starkes ehrenamtliches Engagement gelebt. Viele wissen allerdings nicht, wo sie sich einbringen können. Eine Ehrenamtsbörse wird schon in vielen Städten mit positiven Erfahrungen praktiziert. Diese könnte auch von einer informellen Vereinigung oder einem Verein geführt werden.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt

1. zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen eine Ehrenamtsbörse eingerichtet werden kann,
2. öffentlich zu einer Gesprächsrunde einzuladen, an der Bürgerinnen und Bürger teilnehmen können, die sich in einen Trägerverein oder eine andere informelle Trägergruppe für eine Ehrenamtsbörse einbringen würden.

30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.12.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7

Gegenstand: Parkplatzsituation an der Woogbachschule; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 08.12.2008
Vorlage: 0711/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Karl-Heinz Jung führt in der mündlichen Begründung aus, dass seit Herstellung der 2. Halle der gesamte Bereich zugeparkt ist, vor allem bei Veranstaltungen. Es ist kein Durchkommen für Rettungsfahrzeuge mehr. Er regt eine weitere Behandlung im Bau- und Planungsausschuss an.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, wie die Parkplatzsituation im Umfeld der Woogbachschule und der dortigen Sportstätten verbessert werden kann.

Der Antrag wird zur weiteren Beratung in den Bau- und Planungsausschuss verwiesen.

30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.12.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 8

Gegenstand: Errichtung einer Grillhütte; Antrag der BGS-Stadtratsfraktion vom 09.12.2008

Vorlage: 0713/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr F. Ableiter erläutert in seiner Begründung, die BGS sei von sehr vielen Bürgern angesprochen worden, dass solche Einrichtungen in Speyer fehlen. Die Walderholung ist für Privatfeiern zu groß. Die bestehenden Grillstellen am Binsfeld und in SP-Süd sind in sehr desolatem Zustand. Der Sportverein Schwarz-Weiß würde die sanitären Einrichtungen gegen ein kleines Entgelt zur Verfügung stellen. Es sollte eine gegen Vandalismus gesicherte Einrichtung gegen Gebühr und Kautions eingrichtet werden, verwaltet evtl. im Ehrenamt, z.B. durch Baumpaten.

Der Vorsitzende führt aus, dass bereits vor 2 1/2 Jahren ein gleichlautender Antrag der BGS auf der Tagesordnung war. Er regt eine vertiefende Behandlung im Umweltausschuss an. Mit Blick auf die Haushaltsberatungen muss auch über die (Folge-)Kosten nachgedacht werden.

Herr Ableiter erklärt, die BGS sei nicht im Umweltausschuss vertreten. Der Umweltdezernent sichert der Fraktion Sprechrecht im Ausschuss zu.

Beschluss:

Der Prüfungsauftrag der BGS-Stadtratsfraktion zur Errichtung einer Grillhütte in Speyer-West wird einstimmig zur weiteren Beratung in den Umweltausschuss verwiesen.

Gegenstand: Beleuchtung auf dem Fahrradweg Speyer-Dudenhofen; Antrag der BGS-Stadtratsfraktion vom 09.12.2008
Vorlage: 0714/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr C. Ableiter führt zur Begründung des Antrages aus, dass viele SchülerInnen aus Dudenhofen, die das Doppelgymnasium mit dem Fahrrad besuchen, diesen unbeleuchteten Weg nutzen. Er sieht darin ein Sicherheitsdefizit, das evtl. durch eine kleine Maßnahme verbessert werden könnte.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Kosten für eine solche Maßnahme auf ca. 60.000 € geschätzt werden, um die Beleuchtung auch ordnungsgemäß auszuführen. Dudenhofen müsste davon etwa die Hälfte übernehmen. Er verweist darauf, dass es einen offiziellen Radweg Dudenhofen-Speyer gibt, der ausreichend ausgeleuchtet ist.

Herr Ableiter gibt zu bedenken, dass Radfahrer und Fußgänger immer den kürzesten Weg nehmen. Der offizielle Radweg ist so stark von Autos befahren, dass eine Querung nicht ungefährlich ist.

Herr Dr. Wintterle bringt den Vorschlag der Verweisung in den Bau- und Planungsausschuss ein, weil die Sicherheitsargumente nicht so einfach von der Hand zu weisen sind.

Beschluss:

Der Stadtrat verweist den Antrag der BSG-Stadtratsfraktion einstimmig in den Bau- und Planungsausschuss zur weiteren Beratung.

**Gegenstand: Fernwärmeversorgung der Stadt Speyer;
Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen,
SPD, BGS, Ratsmitglieder ödp vom 09.12.2008
Vorlage: 0715/2008**

Die Vorlagen sind dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende leitet die Beratung mit dem Hinweis ein, die Tagesordnungspunkte 10 und 11 sinnvoller Weise gemeinsam zu behandeln. TOP 11 stand bereits auf der internen Tagesordnung, als der Gemeinschaftsantrag einging.

Der Aufsichtsrat der SWS hat bekanntlich mehrheitlich die MVV-Lösung beschlossen. Das erhoffte Geothermie-Projekt ist wegen des Ölfundes an dem Standort leider nicht realisierbar. Gleichzeitig liegt ein Projekt der Metropolregion Rhein-Neckar zum weiteren Ausbau des Fernwärmenetzes vor, obwohl die Region mit 13 % Fernwärmeanteil bereits über dem Bundesdurchschnitt liegt. Das Projekt wird auch von Umweltministerin Margit Conrad positiv beurteilt.

Herr Batzer erklärt, er wisse, dass es beim Großkraftwerk Mannheim (GKM) Bestrebungen gibt, die Nahwärmeversorgung in MA-Süd um 20 % auszubauen. Um das Warmwasser über 21 km nach Speyer zu befördern, benötigt man eine gewaltige Pumpleistung. Man leistet einen Beitrag zum Bau des umstrittenen neuen Blocks 9, wenn man Fernwärmepotenzial aus Mannheim nach Speyer abzieht.

Er stellt fest, dass im Aufsichtsrat die Fernwärmelösung von jeher mindestens 10 Arbeitsschritte voraus war; über die Eigenlösung wurde erst in der letzten Sitzung informiert. Es wurde vorher niemand damit beauftragt, das durchzurechnen. Auch der Betriebsrat wurde durch die Geschäftsführung wohl massiv eingeschüchtert und mit Arbeitsplatzverlust gedroht, wenn nicht an die MVV angeschlossen wird. Dies könne keine transparente Informationspolitik sein.

Die Wirtschaftlichkeitsberechnungen ergaben eine Differenz zu Gunsten der Eigenlösung von sage und schreibe 11 Mio. €. Trotz einer Nachkorrektur durch WIBERA kam immer noch in allen 4 Punkten ein besseres Ergebnis der Eigenlösung heraus. Er konstatiert: einmal bei der MVV, immer bei der MVV. Mit einer Bindung an den fossilen Energieträger wird die Laufzeit nicht 20, sondern vermutlich 30 und 40 Jahre dauern.

Mit einer Eigenlösung bleibt die Möglichkeit, Schritt für Schritt auf regenerative Quellen umzustellen. Hintergrund ist aber wohl der Druck der Metropolregion auf Betreiben der Großindustrie. Auch eine Ministerin kann sich dem nicht entziehen.

Die Anbindung an ein Kohlkraftwerk in MA stellt eine Konterkarierung der bisherigen Politik der SWS dar (Fotovoltaik, Blockkraftwerk, Hackschnitzelanlage).

Der Vorsitzende stellt klar, dass der Aufwand für die Pumpleistung gerade einmal 0,6 % der nach Speyer transportierten Energie beträgt.

Frau Biskop möchte klargestellt wissen, dass die Abnahme der Abwärme aus dem GKM beileibe nicht kostenlos ist, wie es in der Presse wohl dargestellt wurde.

Herr C. Ableiter stellt fest, dass Gas-/Kraftwärmekopplung in dezentralen Anlagen als einziges die extrem guten Abgaswerte erreicht, die auch vom Gesetzgeber gefördert werden, ganz im Gegenteil zu großen Kohlekraftwerken. Die Wohnsituation in Mannheim

wird im Gegensatz zu Speyer im Wesentlichen von großen Geschloßwohnblöcken bestimmt, wo sich der Anschluss an das GKM in Nahversorgung lohnt.

Herr Röbosch erklärt, die Republikaner seien in diesem Punkt grüner als die Grünen und lehnen ein solches Projekt kategorisch ab. Er fragt, was in 20 Jahren sein wird, ob man sich dann die Kohle backen will. Speyer hat mit dem Schlachthofgelände ein ausgezeichnetes Paradebeispiel, wie man mit einer kleinen Einheit erfolgreich arbeitet.

Herr Jaberg weist darauf hin, dass MVV ein Konsortium von RWE, EnBW und MVV ist, die nur noch 28 % an dem Unternehmen halten. RWE hat 40 %, diesem Riesen geht es sprichwörtlich um Kohle. Man darf sich keinesfalls von denen einsacken lassen. Alle Gutachten sprechen für eine dezentrale Lösung.

Herr Dr. Wintterle wirft die Frage auf, was nach 20 Jahren mit der Leitung angefangen werden soll. Wirtschaftlich wäre dann doch sicherlich nur, bei der MVV zu bleiben. Wenn ein Anschluss an die MVV so großartig ist und so großes Interesse der MVV besteht, dann kann man das doch in öffentlichen Podiumsdiskussionen mit der Bevölkerung ausdiskutieren. Er hat in seiner Kanzlei noch keinen langfristigen Vertrag gesehen, der nicht nach einigen Jahren nachverhandelt werden muss. Was passiert, wenn durch den Versorger der Hahn zugedreht wird?

Die CDU hält laut Herrn Dr. Jung den Beschluss des AR für eine vernünftige Sache, weil dieser Anschluss für Speyer eine sinnvolle und ökologisch richtige Entscheidung ist. Die SWS haben eine Verpflichtung zur Herstellung der Versorgungssicherheit für das Fernwärmenetz als Ersatz für das völlig veraltete Heizkraftwerk. Alle schönen Visionen über Brennstoffzellen-Kraftwerke und Solarenergien in der Zukunft sind derzeit keine Lösung, weil Handlungsbedarf für die Stadtwerke jetzt besteht, nicht erst in 10 oder 20 Jahren. Aus Biomasse kann der Fernwärmebedarf in Speyer nicht erfüllt werden, auch dies wurde im AR bereits schlüssig dargelegt. Es bleibt nur die Entscheidung zwischen der Fernwärmeanbindung oder einem eigenen Gaskraftwerk. Für die CDU ist die Nutzung vorhandener Abwärme die wirtschaftlichere und umweltfreundlichere Lösung.

Die Stadtwerke in HD, das sich gerne als Umweltstadt sieht, unterhalten seit vielen Jahren ein Fernwärmenetz mit den MVV mit über 150 km, bei etwa gleicher Entfernung zum GKM wie Speyer, ohne von den MVV geschluckt worden zu sein. An die Fernwärmeleitung nach SP sollen auch noch die Gemeinden Brühl und Ketsch angeschlossen werden.

Der Fernwärmeverbund mit dem GKM entspricht sogar der Klimaschutzenergieleitlinie, die der Stadtrat beschlossen hat, nämlich dem Vorrang der Nutzung vorhandener Wärmequellen, bevor neue Energiequellen angezapft werden.

Ein zusätzlicher Ausbau regenerativer Quellen kann dazu genutzt werden, die noch bestehende, hohe Abhängigkeit der Haushalte von Öl und Gas abzubauen. Bei der Fernwärmeanbindung geht es nicht um Entweder-Oder sondern um eine Ergänzung.

Es erfolgt ein Zwischenruf durch Herrn Jaberg, die MVV seien ein börsennotiertes Konsortium, dem es um Cash geht. Der Stadtrat Mannheim hat keinerlei Einfluss mehr auf die Geschäftspolitik dieses Unternehmens; die Stadt macht sich abhängig von den Multis.

Herr Dr. Jung erwidert, die Verbrennung von Gas macht die SWS GmbH auch abhängig von den Gas-Multis. Nach Ablauf des Vertrages hat die Stadt Speyer ein funktionierendes, gut ausgebautes Fernwärmenetz statt eines abgeschriebenen Gaskraftwerkes. Die Zukunft der Energieversorgung im Oberrheingraben besteht in der Geothermie, die jederzeit in ein bestehendes Fernwärmenetz eingespeist werden kann.

Herr Dr. Wintterle versteht nicht, weshalb eine solche Eile an den Tag gelegt wird. Es wird sicherlich noch einige Zeit ins Land ziehen, bis die Fernwärmeleitung liegt oder überhaupt das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen ist. Er besteht weiterhin auf einer öffentlichen Podiumsdiskussion.

Nach Ansicht von Herrn F. Ableiter, wird die Angelegenheit heute entschieden, weil die Mehrheiten ja klar sind. Bei allen langfristigen Verträgen werden die Konditionen nachverhandelt, wenn sich die primären Einsatzstoffe preislich verändern. Wer am GKM angeschlossen ist, muss dann den MVV-Preis zahlen.

Herr Jaberg kritisiert, dass die Kohle in Mannheim aus Kolumbien, Südafrika und Weißrussland stammt, also einen ewig weiten Weg hinter sich hat. Kohlekraftwerke sind die Dinosaurier der Energietechnik. Mit einem eigenen Kraftwerk könnte man eigenen Strom erzeugen, den die SWS GmbH dann zusätzlich verkaufen können. Die Grünen sprechen sich auch dagegen aus, sich von einer einzigen Energiequelle abhängig zu machen.

Herr Batzer wendet sich auch gegen die Mindestabnahme, die vereinbart wird. Studien zeigen, dass der Heizenergieverbrauch aufgrund verbesserter Isoliertechnik in den nächsten 20-30 Jahren erheblich sinken wird. Die prognostizierte Wirtschaftlichkeitszone bei der MVV-Lösung wird erst in der zweiten Hälfte der Laufzeit erreicht. Dabei ist die Frage der Energiepreisentwicklung noch vollkommen unsicher.

Herr Rottmann äußert sich zum Zahlenwerk und fordert Ehrlichkeit in der Zahlendiskussion. Fast alle Fraktionen haben sich in intensiven Gesprächen mit den SWS GmbH informiert; wer nicht dabei war, war die SPD. Die Zahlen sind durch die SWS GmbH sauber eruiert. Die Möglichkeit der Senkung der Mindestabnahme ist vertraglich eingeräumt, deshalb besteht dort auch keine Gefahr.

Herr Dr. Wintterle verwarft sich gegen Unehrllichkeitsvorwürfe. Die SPD-Fraktion sieht nicht ein, sich Informationen auf informellen Gesprächswegen zu besorgen. Er hat außerdem in seiner Haushaltsrede klar zum Ausdruck gebracht, dass Gewinnmaximierung nicht die Aufgabe der Stadtwerke ist.

Beschluss:

Der Stadtrat fasst mehrheitlich folgende Beschlüsse:

1. Der Gemeinschaftsantrag zu TOP 10 findet mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der BGS-Fraktion, den Ratsmitgliedern der ÖDP und der Republikaner nicht die erforderliche Mehrheit und wird mehrheitlich abgelehnt (18 Ja- und 23-Nein-Stimmen).
2. Der Beschluss des Aufsichtsrates zur Fernwärmeanbindung an das GKM der MVV (TOP 11) wird mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der SWG-Fraktion und dem Ratsmitglied der FDP mehrheitlich angenommen (23 Ja- und 18-Nein-Stimmen).

30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.12.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 11

Gegenstand: Information über die Entscheidung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Speyer (SWS) GmbH zur Umgestaltung der Fernwärmeversorgung in Speyer

Behandelt zusammen mit TOP 10.

30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.12.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12

Gegenstand: Fortschreibung des Nahverkehrsplans
Vorlage: 0690/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die im Jahr 2009 anstehende Fortschreibung des Nahverkehrsplans der Stadt Speyer wird zeitlich befristet ausgesetzt. Der Rat der Stadt Speyer schließt sich dem von der Verbandsversammlung des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar beschlossenen Zeitplan zur Fortschreibung der Nahverkehrspläne im Verkehrsverbund Rhein-Neckar an. Bis zur Fortschreibung gilt der bestehende Nahverkehrsplan fort.

**Gegenstand: Bebauungsplan Nr. 19 B "Alte Ziegelei" (Erlus-Gelände)
hier: Aufstellungsbeschluss nach § 2 BauGB, Beschluss zur
Einleitung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1)
BauGB sowie der frühzeitigen Behördenbeteiligung nach § 4 (1)
BauGB
Vorlage: 0708/2008**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist auf die Beratungen im Bau- und Planungsausschuss.

Herr C. Ableiter lehnt für die BGS die Verlagerung der Dammlinie an den Strom hin ab. Außerdem betrachtet die BGS auch die modifizierte Lösung als Verschandelung des Stadtbildes und lehnt diese ab.

Frau Pitsch kritisiert, dass die Geschosßflächenzahl nicht verringert wurde. Der Vorsitzende erwidert, die Traufhöhe sei auf ein Maximum von 13 Metern festgelegt worden.

Herr Dr. Winterle regt eine Bürgerversammlung zu diesem Vorhaben an.

Herr Roßkopf weist darauf hin, dass die Stadt durch Flächennutzungsplan und Bebauungsplan eine Einflussnahme auf die Bebauung hat. Auf Antrag der SWG wurden gestern im Bau- und Planungsausschuss Richtlinien zur Ausführung beschlossen, die auch mit den Stimmen der SPD angenommen wurden und die in die Beschlussempfehlung des Ausschusses eingeflossen sind.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf Empfehlung des Bau- und Planungsausschuss mehrheitlich (bei 5 Gegenstimmen - BGS, Bündnis 90/Die Grünen und 2 Enthaltungen (REP, Bündnis 90/Die Grünen):

1. Dem vorgelegten städtebaulichen Konzept der LB BW wird grundsätzlich zugestimmt.
2. Das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 19 B "Alte Ziegelei" ist einzuleiten. Hierbei ist von einer Firsthöhe von 13 m auszugehen. Das Plangebiet wird dem beigelegten Lageplan entsprechend begrenzt. Der Bebauungsplan 19 B soll den rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 19 „Im Sterngarten“ in diesem Teilbereich ersetzen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis des städtebaulichen Konzeptes einen Bebauungsplanentwurf zu erarbeiten und die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie die Unterrichtung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Gegenstand: Satzungsänderung der Bürgerhospitalstiftung
Vorlage: 0495/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig die nachfolgende Satzung zur Änderung der Satzung der Bürgerhospitalstiftung in der Fassung vom 15.11.2005:

Artikel I

§ 5 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

- (1) *Für jedes Jahr ist für die Stiftung ein Haushaltsplan aufzustellen. Der Haushaltsplan muss alle vorsehbaren Erträge und Aufwendungen enthalten und ausgeglichen sein.*

Artikel II

§ 5 Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:

- (2) *Im Übrigen gelten die gemeindlichen Vorschriften über das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen mit Ausnahme der Regelungen über die Teilhaushalte, die Vorlage des Haushalts bei der Aufsichtsbehörde, dessen Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde sowie über die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung.*

Nicht anzuwenden sind ferner der jeweils geltende Produktrahmenplan des Landes Rheinland-Pfalz sowie die hierzu ergangenen Vorschriften. Die Produkte der Stiftung können in den jeweiligen Stiftungshaushalten frei strukturiert und definiert werden.

Artikel III

Diese Satzung tritt am 01.01.2009 in Kraft.

Gegenstand: Satzungsänderung der Waisenhausstiftung
Vorlage: 0500/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig die nachfolgende Satzung zur Änderung der Satzung der Waisenhausstiftung in der Fassung vom 04.10.2005:

Artikel I

§ 5 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

- (1) *Für jedes Jahr ist für die Stiftung ein Haushaltsplan aufzustellen. Der Haushaltsplan muss alle vorsehbaren Erträge und Aufwendungen enthalten und ausgeglichen sein.*

Artikel II

§ 5 Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:

- (2) *Im Übrigen gelten die gemeindlichen Vorschriften über das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen mit Ausnahme der Regelungen über die Teilhaushalte, die Vorlage des Haushalts bei der Aufsichtsbehörde, dessen Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde sowie über die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung.*

Nicht anzuwenden sind ferner der jeweils geltende Produktrahmenplan des Landes Rheinland-Pfalz sowie die hierzu ergangenen Vorschriften. Die Produkte der Stiftung können in den jeweiligen Stiftungshaushalten frei strukturiert und definiert werden.

Artikel III

Diese Satzung tritt am 01.01.2009 in Kraft.

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 0695/2008

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Vorschlag der Stadtratfraktion Bündnis 90/Die Grünen beschließt der Stadtrat einstimmig folgende Umbesetzung:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter:
Aufsichtsrat AES GmbH (6.)	neu: Klaus-Dieter Horst Schütt Löwengasse 27 für: Willi Batzer	kein Stellvertreter

30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.12.2008

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 17

Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: 0710/2008

Die Vorlage und die ergänzende Tischvorlage sind dieser Teilniederschrift beigefügt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

30. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.12.2008



30. Sitzung des Stadtrates 18.12.2008 **Werner Schineller**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriidruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!